



WIR GESTALTEN MIT

GEMEINSAM GEHT'S.

*KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2026
für die Wetterau.*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WETTERAU

INHALT

Mitgestalten ist unser Ziel	2
KLIMASCHUTZ	3
SOZIALPOLITIK: Diversität. Inklusion. Gerechtigkeit	4
BILDUNG und DIGITALISIERUNG	7
NATUR SCHÜTZEN - ZUKUNFT SICHERN	9
GESUNDHEIT und PFLEGE	11
NACHHALTIGE MOBILITÄT	12
VERWALTUNG und FINANZEN	14
REGIONALE ENTWICKLUNG und WIRTSCHAFT	15
Die OVAG	17
ABFALLWIRTSCHAFT	19
TIERSCHUTZ	20

Mitgestalten ist unser Ziel

Liebe Wählerinnen und Wähler!

Es wird Zeit, dass sich im Wetteraukreis etwas bewegt. Am 15. März 2026 können Sie Einfluss auf die Politik im Kreis nehmen. Vor Ihnen liegt das Angebot von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kreistagswahl im Wetteraukreis. Viele Forderungen werden Ihnen bekannt sein. Aber es steht auch viel Neues im Programm. Unseren Prinzipien – ökologisch, sozial, basisdemokratisch – bleiben wir treu.

Unsere Kernkompetenzen sind der Schutz vor den Folgen des Klimawandels, die kommunale Energiewirtschaft, der gesellschaftliche Zusammenhalt. Auch Wirtschaft, Bildung und Finanzen sind fachlich kompetent besetzt. Und wir stellen uns konsequent gegen Rechtsextremismus, Ausgrenzung von Minderheiten, alle Formen der Menschenverachtung und sozialen Benachteiligung.

Wir kommunizieren ohne Gewalt. Im Umgang mit politischen Mitbewerbern der demokratischen Parteien sind wir respektvoll. Denn wer alles schlechtredet, stärkt letztlich die Gegner der Demokratie.

Die Wetterau ist eine starke, weltoffene Region. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten Chancen besser auszugestalten. Dafür wollen wir Grüne der Antrieb sein.

Unsere Kommunikation schafft die Grundlage für konkrete Lösungen – positiv, pragmatisch und lokal verankert. Wir Grüne in der Wetterau beteiligen uns nicht an abstrakten Debatten in abgehobener Sprache. Wir suchen den Dialog mit den Menschen vor Ort.

Seit der Landtagswahl ist es uns gelungen, viele neue Mitglieder für uns zu gewinnen. So wurden Ortsverbände neu gegründet oder starteten mit viel Elan wieder durch. Unter unseren Mitgliedern sind Mitmachende und Mutmachende, junge Menschen, die den Wetteraukreis gemeinsam mit erfahrenen Grünen gestalten wollen. In unseren zukünftigen Fraktionen im Kreistag, den Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten werden sie unsere Werte vertreten.

Entscheiden Sie sich an der Wahlurne für unsere grüne Politik! Wir laden Sie aber auch ein, aktiv Einfluss auf unsere Politik zu nehmen. Unsere Parteigremien tagen in der Regel öffentlich. Was wir tun und wer Ihre Interessen vertritt, erfahren Sie unter www.gruene-wetterau.de oder auf der Website Ihres Ortsverbands. Gerne tauschen wir uns auch mit Ihnen am Wahlstand oder an der Haustür aus.

Informationen darüber, wie eine Kommunalwahl funktioniert und über wen und was die Wählenden entscheiden, finden Sie hier:

<https://wahlen.hessen.de/kommunalwahlen/allgemeine-kommunalwahlen/wahlssystem>

Mit diesem Wahlprogramm untermauern wir – die Grünen im Wetteraukreis – den Anspruch, für unsere Region mehr zu erreichen, als in den letzten Jahren umgesetzt wurde. Wir wollen unsere Initiativen nicht weiter ausbremsen oder kopieren lassen. Nach der Wahl gilt es, die Zukunft zu gestalten und nicht nur die Gegenwart zu verwalten. Wir streben eine Regierungsbeteiligung im Wetteraukreis an.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WETTERAU

KLIMASCHUTZ

Längst ist die Klimakrise auch in der Wetterau angekommen. Extremwetter, Starkregen, Stürme, Dürre- und Hitzeperioden sind Teil unserer neuen Realität. Diesen Herausforderungen wollen wir noch stärker als bisher mit engagierten Maßnahmen im Klimaschutz und effektiven Maßnahmen zur Klimaanpassung begegnen.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen Klimaschutz in allen Handlungsfeldern mit Priorität berücksichtigen. Das 2022 vom Kreistag verabschiedete Klimaschutzkonzept für den Wetteraukreis und die Klimaschutzziele sind unzureichend, trotz der von uns GRÜNEN durchgesetzten Verbesserungen. Wir setzen uns sowohl für ehrgeizigere Klimaziele als auch für ein ehrgeiziges Klimaschutzkonzept ein. Mit der Einführung eines zentralen Energiemanagementsystems nach DIN ISO 50001, das die Verbrauchsstellen aller Liegenschaften des Kreises berücksichtigt, wollen wir die Energieverbräuche zukünftig wirksam steuern und nachhaltig reduzieren.

Zur Klimaanpassung gehört nicht nur der bauliche Schutz vor Klimaeinflüssen, sondern auch der gezielte Schutz vor verbundenen Risiken und Gefahren. Bei seinen eigenen Gebäuden soll der Kreis Vorbildcharakter haben mit Dach- und Fassadenbegrünung, PV-Anlagen, Stromspeichern und weiteren Technologien erneuerbarer Energieversorgung, Regenwasserrückhaltung, -versickerung und -nutzung, Trinkbrunnen, Hitzeschutz auf Schulhöfen, notwendigen Lüftungsanlagen und klimagerechter Bauweise von Neu- und Umbauten. Einen erheblichen Teil der investiven Mittel wollen wir für die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden (vor allem der Schulen) ausgeben.

Der Kreis soll bewusst und proaktiv auf die Auswirkungen der Klimaveränderung reagieren, wie beispielsweise beim Starkregenfrühwarnsystem. Wir wollen erreichen, dass sich der Brand- und Katastrophenschutz systematisch an den daraus resultierenden neuen Herausforderungen ausrichtet.

Maßnahmen zur Hitzeprävention wollen wir gemäß dem inzwischen vorliegenden und fortlaufend zu ergänzenden Hitzeaktionsplan des Kreises umsetzen. Für die Förderung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im privaten Bereich schlagen wir ein Klimageld wie im Kreis Gießen vor.

Bei der Umsetzung der Energie- und Wärmewende im Kreisgebiet soll die Kreisverwaltung beratend und unterstützend tätig sein. Wir schlagen eine entsprechende Stelle bei der Wirtschaftsförderung vor. Sie baut Kompetenz in wirtschaftlicher Betätigung, Fördermöglichkeiten und Beteiligungsmodellen auf, betreibt Netzwerkarbeit und steht auch den Kommunen zur Seite. Ziel ist es, die notwendigen Veränderungen hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung voranzubringen und die Akzeptanz dafür zu fördern.

SOZIALPOLITIK: Diversität. Inklusion. Gerechtigkeit.

Wir GRÜNE stehen für eine solidarische Gesellschaft – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Einkommen oder Lebensalter. Wir setzen uns ein für die Sicherung der sozialen Grundversorgung, die Förderung von Teilhabe und Chancengleichheit, die Unterstützung von Menschen in Notlagen und präventive Ansätze in der Sozialpolitik.

Sozialhilfe und Grundsicherung

Berechtigte Leistungen nach dem SGB XII sollen barrierefrei abgerufen werden können. Bürokratische Aufwände wollen wir abbauen. Der Umgang mit Leistungsberechtigten soll beratend und diskriminierungsfrei sein. Kinderarmut wollen wir entgegenwirken.

Jugendhilfe

Auf die gesellschaftlichen Herausforderungen im Kinder- und Jugendschutz wollen wir über die Sozialpädagogische Familienhilfe hinaus mit präventiven, fachlich ergänzenden Maßnahmen eingehen. Im Rahmen des Kinderschutzes soll mit allen Werbemitteln der Pool an Pflegefamilien erweitert werden. Jugendfreizeiteinrichtungen setzen mit ihren Angeboten an aktuellen Problemlagen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an, die sie mit spezifischen Maßnahmen stärken wollen. Einen besonderen Fokus richten wir auf die Mediensucht der Altersgruppen ab fünf Jahren.

Wir setzen uns für selbstbestimmte Initiativen und Maßnahmen für LGBTIQ+ Gruppen ein und treten Mehrfachdiskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung entgegen. So soll zum Beispiel der Queer-Treff im Friedberger Junity weiterhin finanziell gefördert werden.

Kindertagesstätten

Den Ausbau, die Qualität und Förderung von Kitas und Tagespflege wollen wir sicherstellen. Unser Anliegen ist es, die Elternbeiträge sozialverträglich zu gestalten.

Wir sehen einen erhöhten Bedarf an Ferienbetreuung. Über die gesetzliche Verpflichtung hinaus (Ganztagsbetreuung) soll der Kreis hier zusammen mit den Kommunen Angebote schaffen. Zur Förderung von Beteiligung und Mitsprache wollen wir im Bereich der Kindertagesstätten einen Kreiskita-Elternbeirat einrichten. Initiativen seitens Elterngruppen zur Betreuung ihrer drei- bis sechsjährigen Kinder sollen fachlich beraten, planerisch und finanziell unterstützt werden. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein in der Schulgemeinde. Wir möchten sie finanziell und personell aufstocken.

Integration, Inklusion und Teilhabe

Wir wollen eine offene interkulturelle Gesellschaft mit gerechten Möglichkeiten, Partizipation, Ausbildung und beruflichen Aufstiegschancen für alle. Die Integration und gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter und zugezogener Personen soll weiterhin mit Sprachkursen gefördert werden. Neben der Volkshochschule (VHS) sollen Sprachkursangebote in den Kommunen ehrenamtlich organisiert werden, die wir fördern wollen – auch durch kostenlose Fortbildungen für ehrenamtliche Sprachbegleitende sowie Materialien und Ausstattung.

Die Infrastruktur zur Unterbringung Geflüchteter soll vorgehalten werden. Mittels einer in regelmäßigen Intervallen durchgeführten Flüchtlingskonferenz wollen wir den spezifischen Aspekten von Flucht, Vertreibung, Neuanfang und Integration sowie Erfahrungswerten Raum und Aufmerksamkeit geben.

Wir bekennen uns zur konsequenten Umsetzung der Behindertenrechtskonvention und dem Abbau von Barrieren. Das gilt im Kreis auch für den Internetauftritt und die digitalen Angebote. So begrüßen wir in diesem Zusammenhang beispielsweise die begonnene Überarbeitung des Internetangebots und wollen diese konsequent fortsetzen.

Wir stehen ein für ein inklusives Schul- und Bildungssystem im Wetteraukreis. Den nun endlich vorliegenden Aktionsplan Inklusion (2025) sehen wir als eine gute Basis. Wir arbeiten konstruktiv an der Umsetzung der darin enthaltenen Vorschläge und Ideen.

Seniorenarbeit und Pflege

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird es zunehmend mehr ältere Menschen im Kreis geben. Die meisten von ihnen möchten im vertrauten Wohnumfeld bleiben und ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen. Entsprechende Projekte und Initiativen wollen wir im Kreis unterstützen. Stichworte sind Mehrgenerationenhäuser, kulturelle Treffs, Nachbarschaftshilfen, Vereinstätigkeiten oder Unterstützung der Selbstorganisation älterer Menschen.

Angesichts der rasanten Entwicklung der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und bei Gesundheitsleistungen braucht es Angebote für Digitalisierungsteilhabe - lebenslanges Lernen. Hierfür soll der Kreis Fördermittel bereitstellen.

Im Wetteraukreis fehlt auf kommunaler und Kreisebene eine vorausschauende, datenbasierte Pflegebedarfsplanung. Wir möchten, dass sie zeitnah entsteht. Wir unterstützen die Entstehung, den Aufbau und die Fortschreibung des Hospizes Wetterau im Kloster Engelthal.

Gut ein Fünftel der Menschen in der Wetterau sind älter als 65 Jahre. Wir schlagen einen Plan für Seniorinnen und Senioren vor, der in einem partizipativen Prozess unter der Regie des Seniorenbeirat entstehen soll.

Arbeitsmarkt

Der Kreis bietet zahlreiche Beratungsangebote: Pflege-, Renten-, Schuldenberatung. Wir wollen, dass sie ausreichend und gut erreichbar zur Verfügung stehen. Das schließt auch eine digitale Verfügbarkeit ein. Wir fordern ein kontinuierliches Monitoring zu Demografie und Sozialstruktur (Sozialatlas oder Fortschreibung des Sozialindex). Dort soll auch der Status der Armut beschrieben werden.

Im Themenfeld Jobcenter setzen wir uns für Trainings- und Coachingprogramme zur beruflichen (Wieder-)eingliederung bzw. zur Ausbildung von Erwachsenen im frühen Erwachsenenalter ein. Soweitvorliegend, sind dafür Förderungen seitens Bund, Land oder EU zu nutzen.

Frauen

Der Kreishat sich zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zum Schutz der Betroffenen (Istanbul-Konvention) verpflichtet. Zudem wollen wir das Gewalthilfegesetz (2025) als festen Bestandteil im Kreis verankern. Die finanziellen Zuwendungen an Frauenrechtsorganisationen möchten wir über die jährlichen Steigerungsraten hinaus erhöhen. Der Fachdienst Frauen und Chancengleichheit soll jährlich im Kreistag bzw. im zuständigen Ausschuss über die Weiterentwicklung ihrer Arbeit berichten. Zur Förderung der Behandlung frauenpolitischer Themen ruft der Kreistag ein neues überparteiliches Gremium (Frauenrat) ins Leben. Es umfasst auch Akteurinnen, die nicht dem Kreistag angehören, und bekommt Initiativrecht im Kreistag.

Das Angebot von Frauenhausplätzen im Kreis wollen wir finanziell absichern und weiter ausbauen. Um Frauen nach einem Aufenthalt im Frauenhaus eine neue Wohnung zu ermöglichen, sollen verstärkt Belegungsrechte für Sozialwohnungen durch den Kreis erworben werden.

Demokratie

Wir GRÜNE stehen zur Demokratie und verteidigen sie. Projekte pro Demokratie, demokratische Teilhabe, Vielfalt und Stärkung der Kinder- wie Frauenrechte sowie politische Bildungsarbeit gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus sollen gefördert und im Haushalt finanziell verankert werden.

Staatsfeindlichen Tendenzen und Rechtsextremismus treten wir entschieden entgegen. Wir unterstützen alle Initiativen für eine vielfältige humane Gesellschaft. Im Kreistag suchen wir die Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien, um den Einfluss der Rechtsaußenparteien einzudämmen.



BILDUNG und DIGITALISIERUNG

Bildung ist der Schlüssel zu individuellen Chancen und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Der Wetteraukreis trägt als Schulträger die Verantwortung, moderne und gerechte Bildungsbedingungen zu schaffen. Unsere Zielsetzung: inklusive, gut ausgestattete Schulen, in denen jedes Kind sein Potenzial entfalten kann.

Alle Schulstandorte sollen erhalten bleiben. Wir wollen notwendige Sanierungen und Erweiterungen zügig umsetzen. Das beinhaltet die energetische Sanierung der Schulgebäude. Wir wollen weg von fossilen Energieträgern hin zu klimaneutralen Schulen. Aspekte der Klimaanpassung sind bei der Gestaltung der Schulen und ihres Umfelds mit zu berücksichtigen. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel werden wir bereitstellen.

Schulsozialarbeit ist nun endlich flächendeckend in der Wetterau etabliert. Wir sehen aber Mehrbedarf und wollen sie weiter ausbauen.

Ab dem Schuljahr 2026/2027 haben Kinder einen gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Wir sehen uns in der Verantwortung, die nötigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Darüber hinaus bleibt die Leitlinie unserer Politik die Einrichtung von Ganztagschulen auch im weiterführenden Bereich. In Ganztagschulen wechseln sich heutige Unterrichtsinhalte mit weiteren Schulungs- und Freizeitangeboten ab, sodass Kinder aus allen sozialen Schichten Zugang zu einem umfassenden Bildungsangebot haben.

Wir werden die Berufsschulen und Lernorte an den Standorten Bad Nauheim, Büdingen, Butzbach, Friedberg und Nidda erhalten und dafür Sorge tragen, dass im Kreis eine standortnahe Beschulung von Auszubildenden sichergestellt ist – auch wenn die Zahlen von Schülerinnen und Schülern sinken. An der Berufsschule Oberhessen soll eine praxisintegrierte vergütete Ausbildung angeboten werden, um die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher zu erhöhen.

Wir möchten erreichen, dass Umweltbildung allen Schülerinnen und Schülern im Kreis angeboten wird. Wir stellen uns vor, das Projekt *Klimaexpertinnen und -experten an den Wetterauer Grundschulen* durch ein ähnliches Projekt, das den *Fair-Trade-Gedanken* sowie Umwelt- und Naturschutzbelange zum Gegenstand hat, zu ergänzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass an Schulen eine bio-regionale und nachhaltige Verpflegung angeboten wird, wobei Kindern, Eltern und Schule über die Wahl dieses Angebots entscheiden. Zudem unterstützen wir die Nutzung des Logos der Bundesregierung für ökologische Außer-Haus-Verpflegung.

In der Ausstattung der Schulen mit digitaler Infrastruktur und digitalen Arbeitsmitteln ist der Wetteraukreis in den letzten Jahren spürbar vorangekommen. Wir erkennen das an, hatten wir doch eindringlich die viel zu langsame Entwicklung in der Vergangenheit beanstandet. Wir werden den kritischen Blick beibehalten und engagiert dafür eintreten, dass der Prozess hin zu einer optimalen digitalen Schulausstattung fortgesetzt wird.

Beim Schulsport sehen wir besonderen Handlungsbedarf im Bereich Schulschwimmen. Wir haben zu wenig Schwimmbäder. Zu viel Zeit geht für den Transport verloren, so dass der Schwimmunterricht oft zu kurz kommt. Wir wollen alle Möglichkeiten prüfen, um Verbesserungen zu erwirken – bis hin zum Traum von einem eigenen Schulschwimmbad. Ausgehend von den Schulen halten wir an der Idee einer Entwicklungsplanung für Sportstätten

fest. Die Richtlinie für die Sportförderung des Kreises werden wir modernisieren, der Mittelansatz im Haushalt wird mindestens beibehalten.

Wir unterstützen die Arbeit der Volkshochschule (VHS). Wir gewährleisten ihre ausreichende finanzielle Ausstattung, fördern die Anpassung an eine sich verändernde Weiterbildungslandschaft sowie ein zeitgemäßes Kursangebot. Wir möchten die VHS mit einem jährlichen Bericht im zuständigen Ausschuss wieder mehr in die Aufmerksamkeit der Politik rücken.

Wir sehen die Verantwortung des Kreises für die Musikschulen. Das beinhaltet finanzielle Förderung und regelmäßigen Dialog.



NATUR SCHÜTZEN - ZUKUNFT SICHERN

Der Schutz von Natur und Umwelt ist aktiver Klimaschutz und Voraussetzung für Gesundheit, Lebensqualität und Artenvielfalt. Er ist zentrales Motiv unseres politischen Engagements. Der Wetteraukreis trägt Verantwortung für seine Landschaftsräume – vom Taunus bis zum Vogelsberg.

Angesichts der bedrohenden Biodiversitäts- und Klimakrise wollen wir die Weichen in Richtung stärkeren Arten- und Lebensraumschutz stellen.

Wir beabsichtigen das ehrenamtliche Engagement von Verbänden und Vereinen, die im Umwelt- und Naturschutz aktiv sind, stärker zu fördern.

Die Landwirtschaft leidet ebenso unter den Folgen des Artenschwundes und schädlichen invasiven Arten wie unter dem Klimawandel. Deshalb unterstützen wir eine biodiversitätsfördernde und emissionsarme Landwirtschaft.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den die Wetterau als Biotop besonders prägenden Streuobstwiesen. Daher begrüßen wir alle Bestrebungen und Initiativen zu deren Nutzung, Pflege und Erhalt. Im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen sollen Streuobstwiesen nur noch bei Vorlage eines langfristigen Nutzungskonzepts anerkannt werden.

Wir wollen mehr Flächen als Schutzgebiete ausweisen. Das gilt insbesondere für Feucht- und Retentionsflächen. Das Steinbachtal zwischen Wolferborn und Bindsachsen soll Naturschutzgebiet werden.

Die Arbeit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) soll gestärkt werden.

Zudem wollen wir im Verwaltungshandeln des Kreises dem Schutz von Insekten, Amphibien, Fledermäusen und nachtaktiven Vögeln vor Lichtverschmutzung größere Aufmerksamkeit einräumen.

Die Wetterau mit ihren wertvollen Ackerböden ist ungebremst vom Flächenfraß bedroht. Wir wollen die Entwicklung in einer jährlichen Natur- und Landschaftsbilanz dokumentieren und auf dieser Grundlage einen Ressourcenschutzplan erstellen.

Wir wollen den Flächenverbrauch begrenzen und mittelfristig beenden (*landesweites Netto-Null-Ziel*). Dafür setzen wir uns auch in den relevanten regionalen Gremien ein. Gleichzeitig setzen wir uns ein für die Sanierung und Entwicklung bestehender Wohnbebauung und die Wiederbelebung von Ortskernen.

Wir unterstützen alle Maßnahmen der Stadt- und Dorfentwicklung, die darauf abzielen Innenentwicklung zu fördern, Zersiedlung und Flächenverbrauch einzudämmen und Leerstände zu reaktivieren. Für diese Zwecke wollen wir bestehende Netzwerke sowie die neue kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft nutzen und eine proaktiv der Beratung dienende Denkmalagentur auf Kreisebene ins Leben rufen.

Wir wollen erreichen, dass sich der Wetteraukreis in seiner Genehmigungspraxis und bei Stellungnahmen in den übergeordneten Gremien der Planungsverbände und des Landes Hessen kritisch zum Flächenfraß äußert. Landwirtschaftliche Flächen mit hoher Bodenqualität dürfen nicht bebaut werden, ebenso sollen Auen und Kaltluftschneisen erhalten bleiben.

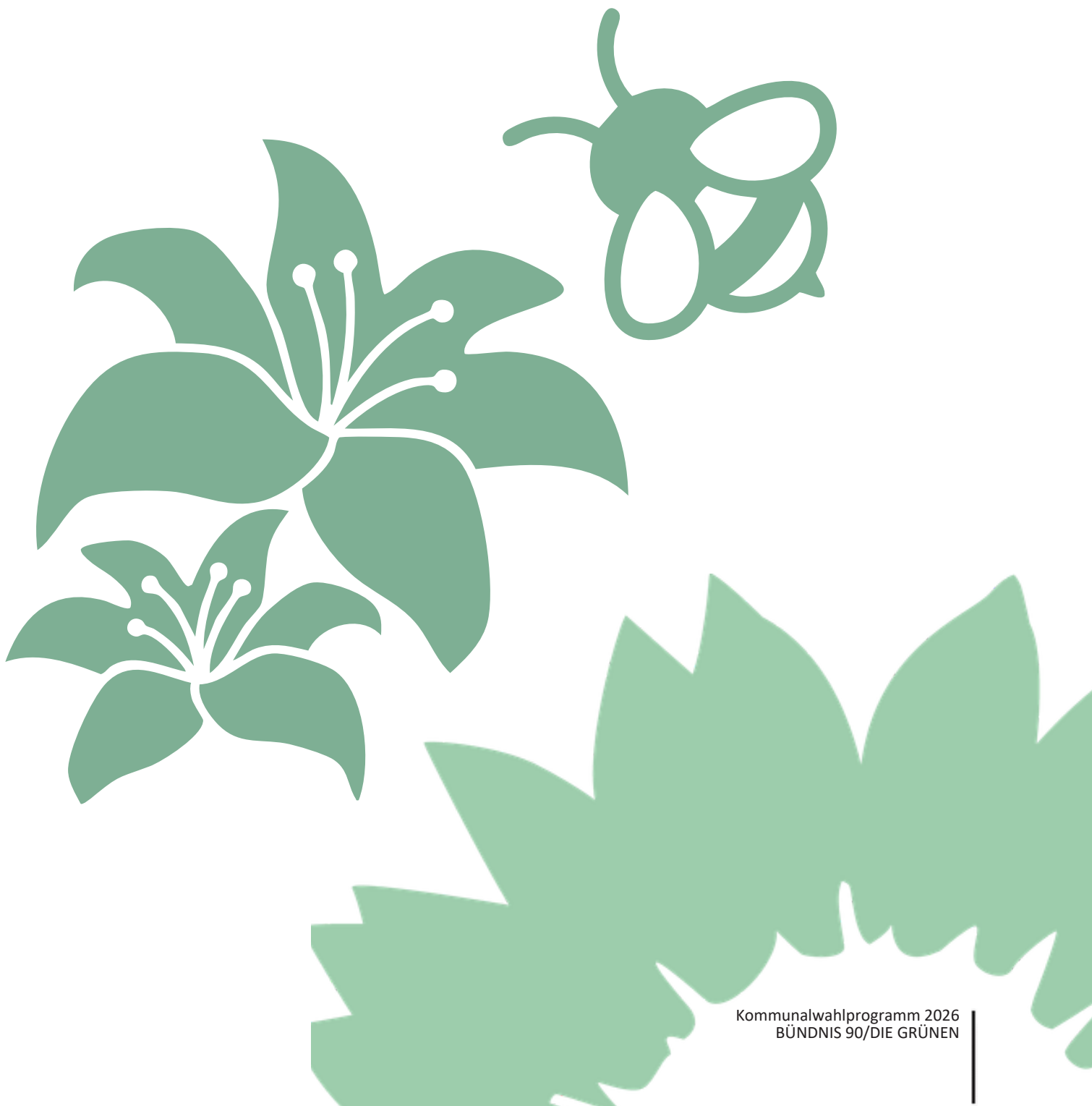
Eingriffe in Natur und Landschaft sollen möglichst vermieden und zumindest auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Bei Ausgleichsmaßnahmen wollen wir deren Umsetzung und langfristige Entwicklung von Seiten des Kreises größere Aufmerksamkeit widmen.

Den Landschaftspflegeverband Naturschutzfonds Wetterau wollen wir finanziell und personell besser ausstatten, um Naturschutzprojekte umzusetzen. Die Biotopvernetzung im Wetteraukreis werden wir gezielt fördern.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Wetteraukreis seinen Einfluss für einen ressourcenschonenden Umgang mit Wasser nutzt – das reicht von der Wasserentnahme aus Fließgewässern über den Schutz von Grundwasserkörpern und Retentionsräumen bis hin zur Förderung der natürlichen Versickerung des Niederschlagwassers (Stichwort Schwammstadt).

Wir wollen erreichen, dass eine gesicherte Wasserversorgung durch Kommunen in Bauplan- und Baugenehmigungsverfahren stärker beachtet und geprüft wird.

Bei Neubauten sollen Zweileitungssysteme als bauliche Auflage vorgeschrieben werden.



GESUNDHEIT und PFLEGE

Wir wollen eine qualitativ gute, wohnortnahe und verlässliche Gesundheitsversorgung

Im Bereich der klinischen Versorgung werden wir die Arbeit des Gesundheitszentrums Wetterau (GZW) finanziell absichern und dessen Weiterentwicklung fördern. Das gilt auch für die dortige Ausbildung von medizinischem Pflegepersonal. Zur langfristigen Sicherung des kommunalen Einflusses in der klinischen Versorgung streben wir die Bildung kommunaler Klinikverbünde an.

Der Kreis soll bei der Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung in der Region eine aktive Rolle einnehmen, die über das GZW ausgeübt werden kann. Den Versorgungsgrad durch ärztliche Bereitschaftsdienste nach der Schließung des Standorts Büdingen möchten wir sukzessiv prüfen.

Die Palliativversorgung nach dem Vorbild des Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) Teams Wetterau wollen wir ausbauen und so die Betreuung von Patientinnen und Patienten im häuslichen Umfeld gewährleisten.

Wir unterstützen den Verbund des GZW beim Ausbau und der Einrichtung stationärer Plätze für Kinder- und Jugendpsychiatrie und befürworten diese Bestrebungen.

Prävention, Aufklärung und Beratung sollen in der Gesundheitsförderung stärker berücksichtigt werden, zum Beispiel sollen kleinere Projekte verschiedener Träger/Initiativen finanziell gefördert werden.

Nach der Corona-Pandemie ist das Gesundheitsamt personell, technisch und finanziell gestärkt. Das wollen wir beibehalten. Es soll gegenüber Bürgerinnen und Bürgern informativ und transparent auftreten, z. B. beim Infektionsschutz.

Die Beratung und (medizinische) Versorgung von ungewollt Schwangeren ist sicherzustellen und zu verbessern.

Acht Kommunen haben Gemeindepflegestellen. Der Kreis übernimmt aktuell den vom Land nicht finanzierten Eigenanteil an Personalkosten. Bei Wegfall der Landesförderung soll der Kreis sich weiter beteiligen.

Wir unterstützen die wichtige Arbeit der Einsatzkräfte des Rettungsdienstes. Den Brand- und Katastrophenschutz beabsichtigen wir fit zu machen für die neuen durch den Klimawandel bedingten Herausforderungen. Wir sehen uns als Partner dieser Dienste.



NACHHALTIGE MOBILITÄT

Mobilität muss nachhaltig, bezahlbar und klimafreundlich sein. Wir GRÜNE setzen uns intensiv für einen guten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein.

Zugleich soll der Kreis durch gute Strukturpolitik dazu beitragen, dass Mobilitätsanforderungen erst gar nicht entstehen.

Wir wollen einen verlässlichen, leistungsfähigen ÖPNV mit Bahn und Bus als Rückgrat und guten Anschlussmöglichkeiten für die sogenannte letzte Meile zum jeweiligen Zielort. Das Angebot wollen wir um flexible Möglichkeiten, On-Demand-Verkehre, Anrufsammeltaxen und Mobilitätsstationen an den Knotenpunkten und Haltestellen ergänzen.

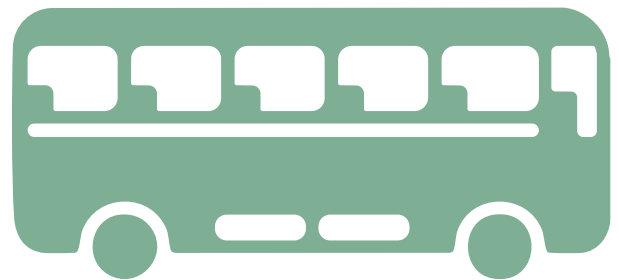
Ertüchtigung, Ausbau und Reaktivierung der Wetterauer Schienenstrecken wollen wir vorantreiben und mithelfen, Hindernisse auf diesem Weg schnellstmöglich auszuräumen. So unterstützen wir den Planungsprozess des viergleisigen Ausbaus der Main-Weser-Bahn bis Friedberg. Zugleich muss dieser Ausbau bis nach Gießen weitergedacht und angegangen werden. Ebenso dringend notwendig ist die Herstellung der teilweisen Zweigleisigkeit und Elektrifizierung der Niddertalbahn. Der Betrieb auf der Strecke Friedberg-Friedrichsdorf muss für Fahrgäste endlich wieder verlässlich werden – ebenfalls zwischen Gießen und Gelnhausen. Die mittelfristige Idee einer S5b zwischen Friedrichsdorf und Friedberg findet unsere Unterstützung. Die Reaktivierung der Horloffalbahn darf sich nicht weiter verzögern. Mit Blick auf den verbleibenden Verkehr mit Dieseltriebwagen im Wetterauer Netz treten wir dafür ein, zügig auf CO₂-freien Betrieb umzustellen.

Die Attraktivität des Schienenverkehrs leidet unter den aktuellen Defiziten der Deutschen Bahn AG. Unbeschadet dessen setzen wir uns konsequent für einen zuverlässigen Bahnverkehr ein, und das heißt Informationen in Echtzeit, funktionierende Anschlüsse, Pünktlichkeit und keine Zugausfälle.

Bei Busverbindungen ist unser Ziel eine mindestens stündliche Taktung an Werktagen in der Zeit zwischen 6.00 und 20.00 Uhr. Auf stark nachgefragten Strecken und in Hauptverkehrszeiten sollen Busse im 30-Minuten-Intervall fahren. Wir wollen erreichen, dass an allen Bahnhöfen zwischen der Schnittstelle Bahn und Bus ein integraler Taktfahrplan gilt, der umgehende Anschlüsse ermöglicht. Busflotten sollen sukzessive auf umweltfreundliche Antriebe umgestellt werden. Bei Ausschreibungen und Neuvergaben werden wir auf diesen Aspekt drängen. Sollte die Finanzierung des ÖPNV-Angebots über den steuerlichen Querverbund des Zweckverbands Oberhessen (ZOV) nicht vollumfänglich möglich sein, sind wir bereit, Kreismittel zuzuschießen. Die Radinfrastruktur im Kreisgebiet ist gut, gleichzeitig gibt es durchaus weiteres Entwicklungspotenzial. Während der Radverkehrsplan des Wetteraukreises dieses Potenzial gut beschreibt, hinkt die Umsetzung oft hinterher. Hier wollen wir mit mehr Engagement und Pragmatismus den Ausbau der Radinfrastruktur forcieren und so das Radfahren im Alltag attraktiver und sicherer machen.

Wir bekennen uns zur Verantwortung für die Kreisstraßen. Wir sehen uns in der Pflicht, durch stetes Investieren für deren Erhalt zu sorgen. Eine Notwendigkeit für neue Straßenbauprojekte im Verantwortungsbereich des Kreises sehen wir nicht.

Wir unterstützen bezahlbare Mobilitätsangebote. Das Deutschlandticket werten wir als Quantensprung hin zu einer einfachen Nutzung des ÖPNV. Das in der Wetterau eingeführte kostenfreie und hessenweit geltende Ticket für Schülerinnen und Schülern in der Oberstufe und in Berufsschulen wollen wir beibehalten. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns weiter dafür ein, dass alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von der Länge ihres Schulweges, ein solches Ticket erhalten.



VERWALTUNG und FINANZEN

Nach langen Jahren mit Überschüssen kämpft der Kreis nun wieder mit defizitären Haushalten. Insgesamt ist die Situation der kommunalen Finanzen landesweit wenig erfreulich. Eine klamme Haushaltslage darf jedoch nicht dazu führen, dass zukunftsorientierte Investitionen auf die lange Bank geschoben werden. Dies gilt insbesondere für erforderliche Maßnahmen der Klimaanpassung, des Klimaschutzes und der Sanierung.

Wir GRÜNE stehen für eine engagierte, solide und kostenbewusste Haushaltspolitik. Gleichwohl kennen wir die angespannte Finanzlage der Kommunen und wollen sie entlasten. Wir sehen auch die Notwendigkeit, entschieden in schulische, soziale, nachhaltige, klimafreundliche und digitale Infrastruktur zu investieren. Zudem können sich soziale Dienste und Einrichtungen im Kreis unter unserer Verantwortung auf die finanzielle Unterstützung durch den Wetteraukreis verlassen.

Den ungebremsten Zuwachs an neuen Stellen in der Kreisverwaltung sehen wir kritisch und wollen hier im Zeitalter der Digitalisierung eine Kehrtwende einleiten. Ähnliches gilt für den Neubau von Büroflächen.

Angesichts dauerhaften Fachkräftemangels und mobiler Formen des Arbeitens setzen wir andere Schwerpunkte. Wir möchten die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben, damit Arbeitsprozesse einfacher, effizienter und unabhängiger vom Arbeitsort erledigt werden können. Das bietet Einsparpotenziale. Gleiches gilt für Kooperationen mit Kommunen und Beteiligungen des Kreises. Als öffentliche Hand haben wir eine Vorbildfunktion und verfügen über eine gewisse Marktmacht. Diese werden wir nutzen, um nachhaltigen Konsum zu unterstützen. Hierbei orientieren wir uns an der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und dem bundesweiten Programm zum nachhaltigen Konsum.



REGIONALE ENTWICKLUNG und WIRTSCHAFT

Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Kreises und ein Ausgleich zwischen östlicher und westlicher Wetterau sind unser Ziel. Wir liegen nah am bzw. sind Teil des Ballungsraums Rhein-Main. Zersiedlung und Flächenfraß sind keine gangbare Option für uns. Stattdessen sind wir bestrebt Dörfer und Städte lebenswerter zu machen – als Wohn-, Lebens- und Arbeitsorte. Und wir wollen die Wetterau als Agrarregion erhalten.

Die Kompetenzen des Kreises, seine Netzwerke, seine wirtschaftlichen Beteiligungen und Aktivitäten möchten wir auf diese Ziele hin ausrichten. Gleiches gilt für die Arbeit der Wirtschaftsförderung. Sie berät Kommunen und Unternehmen, akquiriert Fördermittel und beteiligt sich an Initiativen der regionalen und nachhaltigen Entwicklung. Sie firmiert nun als ‚Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung im Wetteraukreis. Diese neue Schwerpunktsetzung möchten wir nutzen. Darüber hinaus wollen wir ergänzend zu bestehenden Fördermaßnahmen mit einem eigenen Programm des Kreises die Attraktivität von Dörfern und des ländlichen Raums erhöhen.

Nach der Hessischen Kreisordnung soll der Kreis „zu einem gerechten Ausgleich der unterschiedlichen Belastungen der Gemeinden beitragen“. Wir GRÜNE nehmen diesen Grundsatz ernst. Unsere Politik zielt darauf ab, die strukturellen Unterschiede im Kreis zu mindern.

Die Gründung der Wohnungsbaugesellschaft des Kreises ist ein guter Anfang. Wir unterstützen ihren Ansatz, mit Fördergeldern bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Uns ist es wichtig, dass die Kommunen die angebotenen Möglichkeiten nutzen, um zum Beispiel die Innen- und Dorfentwicklung voranzutreiben.

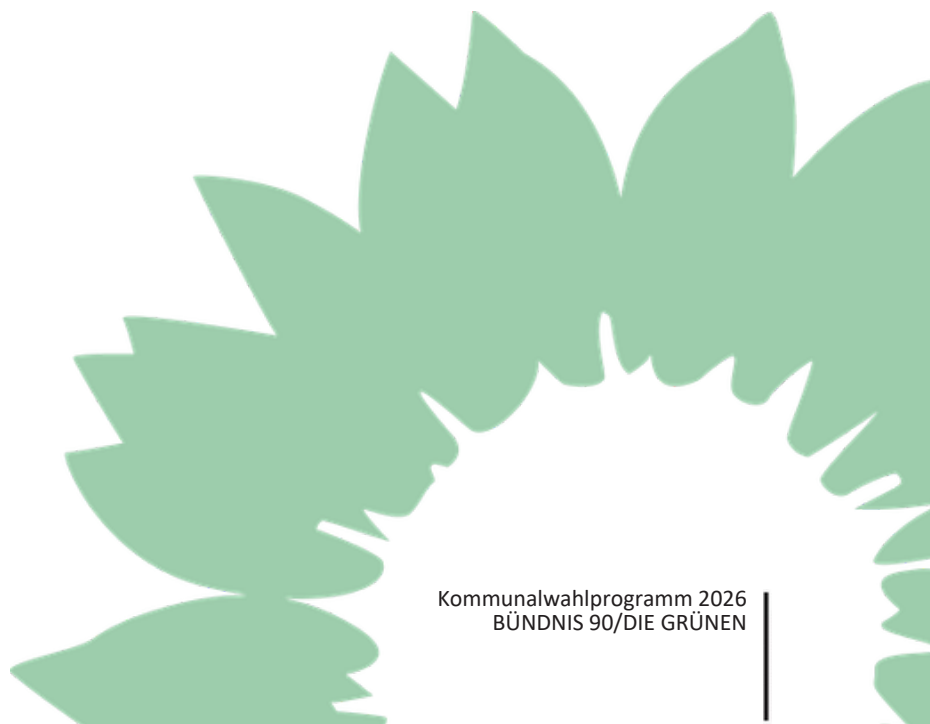
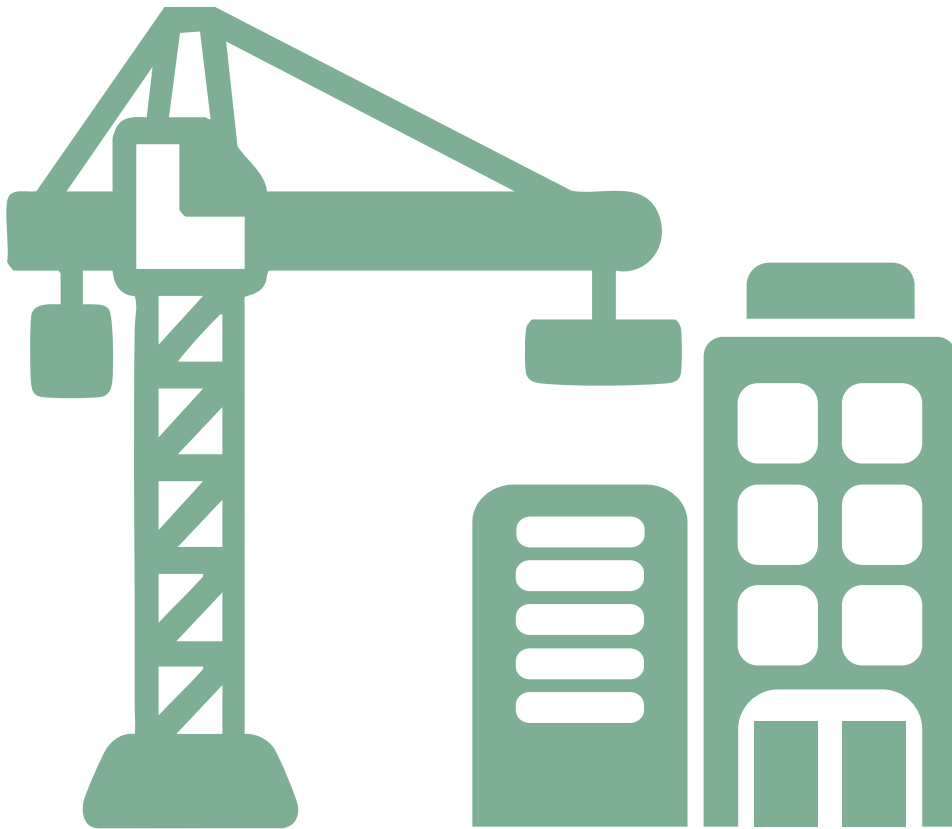
Die Landesgartenschau 2027 im östlichen Teil des Kreises ist eine einmalige Gelegenheit. Wir GRÜNE streiten dafür, dass diese Chance genutzt und zum Erfolg geführt wird. Hier sollte sich der Kreis noch stärker finanziell engagieren. So können wir auch für unsere Region den Trend zu Gesundheits- und Naturtourismus nachhaltig nutzen. Wichtig ist uns nicht nur die Ausweisung von Wander- und Radwegen, sondern auch die Hervorhebung des gastronomischen Angebotes. Die Digitalisierung der Angebotspalette, die Schaffung vielfältiger kultureller Attraktionen für Gäste und dem Ausbau der touristischen Infrastruktur sind wesentliche Meilensteine.

Das kulturelle Angebot hat eine hohe Bedeutung für die Lebensqualität und Attraktivität einer Region. Wir wollen das hier große ehrenamtliche Engagement unterstützen und absichern. Mit Beratungsangeboten und gezielter lokaler Förderung durch den Wetteraukreis – immer dort, wo diese weder durch Land noch Bund erfolgt – soll ein Beitrag zum Ausbau und der Koordinierung der verschiedenen Angebote geleistet werden.

In der Landbewirtschaftung wollen wir den Anteil des ökologischen Landbaus in der Wetterau auf den bundesweiten Durchschnitt bringen. Das ist ambitioniert für eine fruchtbare Ackerbauregion und gereicht keinem konventionellen Betrieb zum Nachteil. Bio und Regio gehören zusammen. Deswegen wollen wir den Einsatz von ökologisch und/oder in nahegelegenen Regionen erzeugten Lebensmitteln in den Kantinen des Kreises, seiner Beteiligungen und den Schulen und Kitas fördern.

Wir stehen mit den Organisationen der Landwirtschaft im Dialog. Es geht auch um gemeinsame Grundwerte, wie den Schutz und Erhalt der Ackerböden.

Der Wetteraukreis wurde vom Land Hessen 2011 als Ökomodellregion ausgezeichnet. Damit sind Fördermittel verbunden, die auch der Vermarktung und Innovation dienen. Falls das Land hier keine Mittel mehr zur Verfügung stellt, soll der Wetteraukreis in diese Förderung einsteigen und das Konzept mit der in Rosbach ansässigen Marketinggesellschaft ‚Gutes aus Hessen‘ in Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen weiterentwickeln.



Die OVAG

Die Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG) ist das zentrale Unternehmen des Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV). Der Fokus liegt auf der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Energie. Der ZOV ist auch Träger des Nahverkehrs. Größter Anteilseigner ist der Wetteraukreis.

Wir wollen die Unternehmen im Zweckverband zu zukunftsorientierten Betrieben entwickeln, die den Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel, Energie- und Wärmewende, sorgsamer Umgang mit Wasser – stärker als bisher Rechnung tragen. Die OVAG soll zu einem starken Akteur auf dem Gebiet der Energie- und Wärmewende werden. Wir treten ein für eine transparente Unternehmensführung, die im OVAG-Konzern zurzeit nicht gegeben ist.

Wir verlangen von der OVAG stärkere Anstrengungen bei der Einsparung und effizienten Nutzung von Energie sowie bei der Produktion erneuerbarer Energien. Beim Ausbau von Wind-, Photovoltaik- (PV) und Speichieranlagen im Megawatt-Bereich (MW) durch die OVAG sollen Kommunen, Bürgerinnen und Bürger sowie Energiegenossenschaften eingebunden werden. Bei größeren PV-Anlagen mit Beteiligung der OVAG, die auf besten Böden installiert werden, sollen Modelle geprüft werden, die eine gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung ermöglichen. Wir fordern mehr Aktivitäten im Wärmemarkt, beispielsweise beim Betrieb von Nahwärmenetzen in Verbindung mit regenerativer Energie. Wir setzen uns ein für ein Angebot an Betreiberinnen und Betreiber von Altanlagen, die aus der Förderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) fallen, ihnen zu fairen Preisen künftig den erzeugten Ökostrom abzunehmen. Wir sehen das Unternehmen in der Pflicht, den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität voranzutreiben.

In diesem Kontext soll die OVAG proaktiv E-Carsharing-Angebote unterstützen.

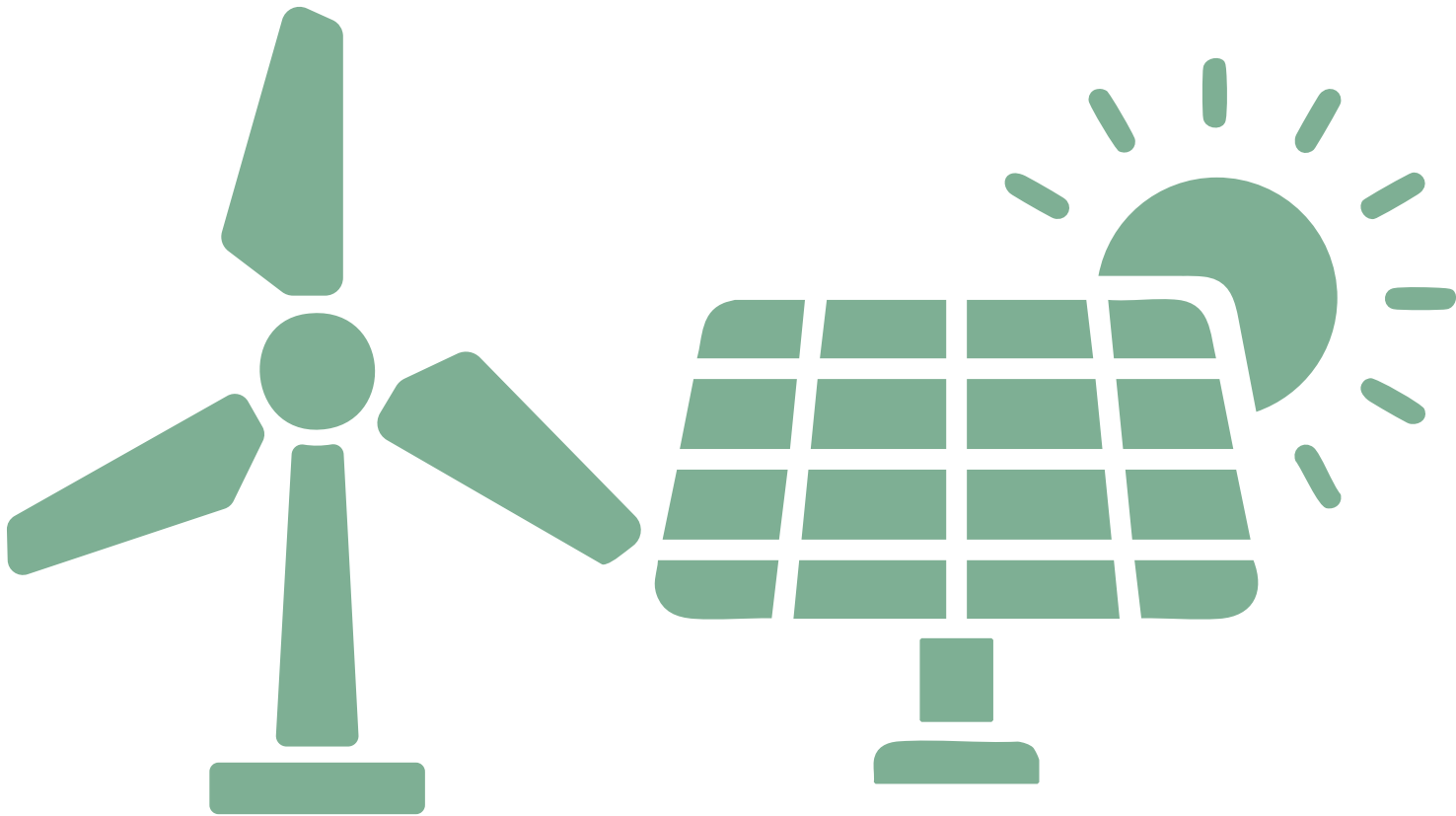
Weiterhin sehen wir die OVAG zunehmend in der Pflicht, die Verantwortung zur Sicherstellung einer umweltschonenden Grundwassergewinnung zu übernehmen.

Lokalen und regionalen Naturräumen ist gegenüber einer anderen Nutzung von Grundwasser Vorrang einzuräumen. Die für die Kommunen erstellten teilräumlichen Wasserkonzepte sind Grundlage für eine Politik, die Grundwasserbestände schont und sparsam mit Wasser umgeht. Wir wollen die dargelegten Ergebnisse in der Wetterau konsequent umsetzen. Der sorgsame Umgang mit Wasser bei uns darf kein Freibrief zur sorglosen Lieferung von Wasser an Dritte sein. Wir fordern deshalb auch Wassersparmaßnahmen in Frankfurt. Zudem setzen wir uns für neue verbrauchsabhängige Tarife ein, die Wassersparen künftig finanziell belohnen.

Wir streiten dafür, dass die Besetzung der Aufsichtsräte der Gesellschaften des ZOV dem Kräfteverhältnis in der Verbandsversammlung entspricht. Wir wollen eine Verkleinerung der künstlich aufgeblähten Aufsichtsräte. Paritätische Beteiligung der Arbeitnehmenden in einigen Aufsichtsräten soll einer Drittelparität weichen. Die 2015 mit einigen Kniffen herbeigeführte Erhöhung der Sitze in der Verbandsversammlung von 45 auf 52 soll rückgängig gemacht werden.

Bei der Benennung der Verbandsvorstände braucht es ein transparentes Verfahren. Die Besetzung von Mandaten mit Ex-Politikerinnen und -Politikern muss enden. Ausschlaggebend für Nominierungen muss unternehmerische und fachliche Expertise sein.

Die Gehaltsstrukturen im Führungsbereich sollen überprüft werden. Mitglieder der Geschäftsführung sowie der Aufsichts- und Beratungsgremien sollen verpflichtet werden, die ihnen gewährten Bezüge jährlich darzulegen und ihrer Veröffentlichung im Beteiligungsbericht unter Namensnennung zuzustimmen.



ABFALLWIRTSCHAFT

Über den eigenen Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) ist der Wetteraukreis für die Verarbeitung und Vermarktung der Siedlungsabfälle im Kreis zuständig (ausgenommen Bad Vilbel). Es gibt elf Recyclinghöfe zur Einsammlung von Wertstoffen. In Ilbenstadt wird eine Kompostierungs- und Biogasanlage für organische Abfälle betrieben. Gewerbeabfall, Plastikverpackungen und Glas werden privatwirtschaftlich entsorgt bzw. verwertet. Trotz dieser Ansätze sind wir von einer echten Kreislaufwirtschaft weit entfernt.

Wir setzen uns für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit des AWB ein, um über den gesetzlichen Auftrag zur Abfallvermeidung und -reduzierung sowie die Trennung von Abfällen aufzuklären. Wir werden aufmerksam beobachten, wie sich die Restabfallmenge entwickelt – insbesondere in denjenigen Gemeinden, die bisher das Wiegesystem hatten – und gegebenenfalls gegensteuern. Wir unterstützen die als Weiterentwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit angestrebte Zentralisierung der Verantwortung für die Abfalleinsammlung beim Kreis, die bislang noch bei den Kommunen liegt. Diese Umstellung wollen wir so gestalten, dass die Zielsetzung von einer Abfallwirtschaft, die Abfälle möglichst effizient wegschafft und zum größten Teil lediglich entsorgt, in Richtung einer Kreislaufwirtschaft umgestaltet wird. Wir fordern, dass die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zur Senkung von Abfallmengen und Wiederverwertung von Wertstoffen stärker berücksichtigt werden. Zudem wollen wir in einer künftigen zentralen Organisation demokratische Teilhabe und Mitsprache gesichert sehen.



TIERSCHUTZ

Der Schutz der Tiere ist für uns ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Anliegen. Wir werden das Veterinäramt des Kreises darin unterstützen, alle rechtlichen Aufgaben zu erfüllen und darüber hinaus weitere präventive Tierschutzaufgaben zu übernehmen, die Tierleid verhindern helfen. Das Veterinäramt soll zukünftig auch eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger in praxisgerechten Tierschutzfragen werden. Wir tragen Sorge für eine ausreichende Ausstattung an Personal- und Finanzmitteln in diesem Bereich.

Wir unterstützen eine enge Zusammenarbeit mit der Landestierschutzbeauftragten, fordern einen jährlichen Tierschutzbericht und die ehrenamtliche Stelle einer/eines Tierschutzbeauftragten im Wetteraukreis zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger sowie des Veterinäramtes in Tierschutzfragen.

Zudem wollen wir sicherstellen, dass das Kreisveterinäramt als kontrollierende Behörde jährlich stichprobenartig Tiertransportkontrollen auf den Transitstrecken des Kreises durchführt. Wir unterstützen Praktiken wie hofnahe bzw. mobile oder teilmobile Schlachtungen bis hin zur Weideschlachtung, die helfen Tierleid zu verringern und die Lebensmittelqualität zu erhöhen. Ehrenamtlichen Tierschutz beabsichtigen wir zu unterstützen. Auf kommunaler und Kreisebene treten wir für eine angemessene finanzielle Ausstattung des Tierheims Wetterau ein. Die erforderliche Versorgung von Fundtieren und notleidenden Wildtieren wollen wir durch eine Wildtierauffangstation gewährleisten. Dazu gehören auch die Aufnahme und Versorgung von verwaisten Jungtieren. In Zusammenarbeit mit dem Land wollen wir privates Engagement im Tierschutz bestmöglich unterstützen. Wir plädieren dafür, dass der Wetteraukreis über seine gesetzliche Verpflichtung hinaus eine aktive und führende Rolle bei der notwendigen Sanierung des Tierheims Wetterau übernimmt.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
KV WETTERAUKEIS
ENGELSGASSE 21
61169 FRIEDBERG (HESSEN)
E-MAIL: info@gruene-wetterau.de**